



Niederschrift

7. Sitzung Hauptausschuss
17. März 2020, 16:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

8.

Punkt 8 der Tagesordnung: Auftragsvergabe in neun Losen zur Lieferung verschiedener E-Pkws und E-Nutzfahrzeuge

Vorlage: 2020/0199

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt die Erläuterungen zur Kenntnis und stimmt der Vergabe zur Lieferung der Lose 1, 2, 3, 4, 5, 7, 8 und 9 zu.

Die Verwaltung wird ermächtigt, den jeweiligen Bietern den Zuschlag mit einem Gesamtauftragswert in Höhe von 561.130,02 EURO einschließlich Mehrwertsteuer zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Bei einer Gegenstimme mehrheitlich zugestimmt

Der Vorsitzende ruft TOP 8 zur Behandlung auf.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD) teilt mit, dass er die Anschaffung für zu teuer hält. Auf längere Sicht sehe er nicht, dass sich die Elektromobilität gegenüber anderen Antriebsarten tatsächlich durchsetzen werde.

Stadtrat Löffler (GRÜNE) widerspricht der Aussage, dass es für die Stadt Karlsruhe zu teuer werden würde, da eine Förderfähigkeit von 75 % der Kosten möglich sei. Mit dieser Förderung liegen die Anschaffungskosten unter denen eines gewöhnlichen Benzin- oder Dieselfahrzeugs.

Herr Schmid (Amt für Abfallwirtschaft) berichtet, dass bei Betrachtung der Bruttokosten die Anschaffungskosten nur geringfügig über denen konventioneller Fahrzeuge liegen würden. Von daher sei diese auch ohne die Förderung im grünen Bereich. Auf Nachfrage von **Stadträtin**

Binder (DIE LINKE.) teilt er mit, dass die Betriebskosten nicht Gegenstand einer Auftragsvergabe seien. Die Betriebskosten müssten an anderer Stelle beleuchtet werden.

Der Vorsitzende schlägt vor zu prüfen, ob die Aufnahme der laufenden Betriebskosten als ein weiteres Kriterium beim Auswahlverfahren sinnvoll sei.

Bürgermeisterin Lisbach verweist auf den kürzlich gefassten Beschluss zur Beschaffung von Fahrzeugen, worin dargelegt worden sei, dass bei Elektromobilität von deutlich geringen Wartungs- und Betriebskosten ausgegangen werde.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD) erläutert, dass Batterien keine lange Lebensdauer hätten und auch die möglichen Fördermittel aus Steuergeldern stammen. Auch sehe er einen hohen Wertverlust bei Wiederverkauf der Fahrzeuge.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR) regt an, die Abschreibungen mit aufzuführen und die Lebenszykluskosten zu betrachten um die Vergleichbarkeit herzustellen.

Der Vorsitzende sichert zu, diese Anregungen aufzunehmen und zu prüfen. Er stellt nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, die bei einer Gegenstimme die mehrheitliche Zustimmung fest.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten-
2. April 2020